

EXIT-STRATEGIE AUCH FÜR LOCKDOWN VON SCHULEN, KINDERGÄRTEN UND KITAS

BESCHLUSSVORLAGE FÜR DAS MIT-PRÄSIDIUM AM 24. APRIL 2020

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist überzeugt, dass für das dringend notwendige Wiederaufleben des Wirtschaftslebens auch die Betreuung von Kindern in Kitas, Kindergärten und Schulen wieder ins Laufen gebracht werden muss. Dabei müssen Gesundheitsvorsorge und Infektionsschutz einen hohen Stellenwert haben.

Die nunmehr sechswöchige Schließung von Schulen, Kindergärten und Kitas bringt viele Eltern und Kinder an ihre Grenzen. Betreuung, Beschulung und das Arbeiten im Home-office müssen unter einen Hut gebracht werden – gerade mit kleinen Kindern ist das für einen längeren Zeitraum kaum möglich. Die Folgen: Eltern können ihrem Beruf nicht mehr oder kaum noch gerecht werden. Oder sie lassen mangels Alternativen ihre Kinder doch durch die Großeltern betreuen, die als Risikogruppe besonders geschützt werden sollten.

Besondere Brisanz hat die Situation gerade für Kinder, die in sozial schwachen und bildungsfernen Familien aufwachsen. Sie erleiden nicht nur bildungspolitisch gesehen erhebliche Nachteile, sondern auch im Hinblick auf ihre Gesundheit. Es darf uns nicht unberührt lassen, dass sich inzwischen Meldungen häufen, wonach die Meldezahlen zu häuslicher Gewalt und zu Kindesmissbrauch deutlich steigen.

Hinzu kommen ernstzunehmende Stimmen aus der Wissenschaft, die Kinder für weniger Covid-19-verbreitend halten.

Andere Länder haben Grundschulen, Kindergärten und Kitas aus diesen Gründen nicht geschlossen oder sie inzwischen wieder geöffnet oder dies geplant. Sie sind dabei deutlich innovativer als Deutschland, um Möglichkeiten zu finden, bei gleichzeitiger Einhaltung des Gesundheitsschutzes für Lehrer, Erzieher und Kinder die Schulen, Kindergärten und Kitas wieder zu öffnen. So versucht Dänemark die Betreuung möglichst oft außerhalb geschlossener Räume in Kleingruppen zu organisieren. Ziel muss bleiben, die derzeit erfreulich geringe Reproduktionsrate bei Covid-19-Infektionen nicht zu gefährden.

Die MIT fordert im Einzelnen:

- Mit einer Studie, die die in der Notbetreuung befindlichen Kinder in den Blick nimmt, muss dringend und unverzüglich validiert werden, ob und wie Corona-Infektionen von Kindern untereinander und an Erwachsene übertragen werden.
- Bis Mitte Mai muss es Angebote für sämtliche Schul- und einen Großteil der Kita-Kinder für eine professionelle Beschulung oder Betreuung geben. Diese Angebote sollten

schrittweise, aber möglichst mit klarer Perspektive, unter Beachtung des Gesundheitsschutzes hochgefahren werden.

- Die Kultusminister werden aufgefordert, durch kluge Konzepte (Mundschutzpflicht, kleine Klassen durch Schichtbetriebe, Öffnung der Schulen an Samstagen, versetzte Planung der Pausen und speziell auf Abstand organisierte Klassenräume) zunächst eine Beschulung aller Grundschuljahrgänge zu ermöglichen. Auch Schule nur an einzelnen Tagen oder für wenige Stunden ist dabei der derzeitigen Situation vorzuziehen. Dabei muss auch der Gesundheitsschutz im Schulbusverkehr gewährleistet sein, ggf. durch den Einsatz zusätzlicher Busse.
- Weil ein Regelschulbetrieb absehbar in den nächsten Monaten nicht möglich ist, muss der Bund ein Digitalisierungsprogramm für alle Schulen auflegen. Das jetzt von der Großen Koalition beschlossene Sofortprogramm kann dafür nur ein erster Schritt sein. Ziel muss sein, dass noch im laufenden Schuljahr alle Schüler Tablets/Notebooks als Leihgabe bekommen, auf denen Lernübungen und Klassenvideokonferenzen durchgeführt werden können. Dies hilft jetzt in der Krise, bringt aber auch eine langfristige strukturelle Verbesserung zur Vermittlung von Lerninhalten (z. B., wenn ein Lehrer oder wenn Schüler am Besuch der Schule gehindert sind).
- Alle Schulen sollen in den Sommerferien freiwillige Summer-Schools anbieten, um lernschwächeren Kindern das Nachholen des Lernstoffs zu ermöglichen.
- Die Sozial- und Familienminister von Bund und Ländern sind aufgerufen, konkrete Konzepte zur Öffnung der Kindergärten und Kitas vorzulegen. Dabei kann der Einsatz von Bufdis/FSJlern helfen, ebenso die Nutzung von Gemeindesälen, Bürgerhäusern und sonstigen Veranstaltungsstätten (die dadurch auch eine Finanzierungsmöglichkeit bekommen), ein Schichtbetrieb und die Umwandlung von Kindergärten in Wanderkindergärten. Auch hier gilt: Einige Stunden sind besser als nichts.

Begründung:

Die coronabedingten Einschränkungen verlangen unserer gesamten Gesellschaft eine Menge ab. Die Gesundheitsvorsorge behält hohe Priorität. Die nun vorsichtig angestrebte und schrittweise Beendigung des Shutdowns und das Wiederhochfahren der Wirtschaft kann aber nur gelingen, wenn die Beschäftigten auch in der Lage dazu sind. Dies ist durch Homeschooling und Kleinkinderbetreuung bei vielen ausgeschlossen.

Doch nicht nur für Unternehmen wird die Situation immer dramatischer. Auch Familien stoßen nach sechs Wochen Kita- und Schulschließung an ihre Grenzen, wenn es darum geht, Kinder ausschließlich zu Hause zu beschulen, zu betreuen und soziale Kontakte zu unterbinden. Das alles spielt sich täglich von morgens bis abends in den eigenen vier Wänden ab. Hält dieser Zustand weitere Monate an, warnen Wissenschaftler vor entwicklungs- und lernpsychologischen sowie sozialen Folgen gerade bei den Kleinsten und gerade in den Milieus, deren Kinder es ohnehin nicht leicht haben.

Kinder leben und wachsen mit sozialen Kontakten in der Familie, im Freundeskreis und gerade auch der Kita und im Kindergarten auf. Die frühkindliche Bildung war in der Bundesrepublik bisher ein hohes Gut und deren Ausbau war eine politische Priorität, wird derzeit aber in den politischen Abwägungen weitgehend ignoriert. Auch in der schulischen Bildung befürchten Experten negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kin-

86 der, von denen vor allem auch Kinder aus bildungsfernen Familien betroffen sind. Weil-
87 steht die Verhältnismäßigkeit der bestehenden Einschränkungen zur Debatte. Eltern füh-
88 len sich im Stich gelassen bei dem kaum möglichen Spagat, Homeoffice, Betreuung und
89 Beschulung unter einen Hut zu bekommen. Die anfangs noch disziplinierte Einstellung
90 zum „Social Distancing“ droht dadurch zu kippen.

91
92 Die für die Digitalisierung geforderten Tablettts würden bei 8,3 Mio. Schülern in allge-
93 meinbildenden Schulen für alle rund 2,5 bis 3 Milliarden Euro kosten, wenn keinerlei El-
94 ternbeteiligung erfolgt. Da es sich um Leihgeräte handelt, würden die Kosten nicht jedes
95 Jahr anfallen. Es wäre eine strukturelle Verbesserung und würde – unabhängig von
96 Corona - generell Unterricht ermöglichen, wenn für Lehrer oder für einzelne Kinder An-
97 wesenheit mal nicht möglich ist.



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION